

# INHALTSÜBERSICHT

A. Einleitung - Problemaufriß	25
I. Verstärkter Reformdruck bezüglich der Nachtarbeit von Frauen	25
II. Uneinheitliche Rechtslage in Deutschland	27
1. Rechtslage in den alten Bundesländern	28
a) Nachtarbeitsverbot für Arbeiterinnen	28
b) Mutterschutzrechtliches Nachtarbeitsverbot	29
c) Freistellungsmöglichkeiten in besonderen Belastungssituationen	29
d) Allgemeine Regulierungen der Nachtarbeit	29
2. Rechtslage in den neuen Bundesländern	29
a) Nachtarbeitsverbot	29
b) Mutterschutzrechtliches Nachtarbeitsverbot	30
c) Freistellungsmöglichkeiten in besonderen Belastungssituationen	30
d) Allgemeine Regulierungen der Nachtarbeit	30
3. Gesetzgebungsauftrag aus dem Einigungsvertrag	31
III. Multidimensionales Problem Nachtarbeit - Rahmenbedingungen einer Reform	32
1. Gesellschaftlicher Rahmen	32
2. Steigende Nachfrage nach Nachtarbeit	34
3. Politischer Rahmen: Deregulierungskonzepte versus soziales Arbeitsrecht	34
IV. Rechtlicher Rahmen	36
V. Zielsetzung der Arbeit	37

1. Abschnitt: Realwissenschaftliche Voraussetzungen	39
B. Die Rechtfertigung des Nachtarbeitsverbotes für Arbeiterinnen und seine Auswirkungen auf die Erwerbssituation von Frauen	39
I. Motive für die Einführung des Verbotes und offizielle Begründungen	39
1. Historische Entwicklung	39
2. Widersprüchliche Motive	40
a) Arbeitsbedingungen von Frauen im Frühkapitalismus	40
b) Paternalistischer Schutz	41
c) Frauenarbeitsschutz als Arbeitsmarktpolitik für Männer	41
d) Bürgerliches Familienideal	42
e) Frauenarbeitsschutz als Vorreiter für allgemeinen Arbeitsschutz	43
3. Begründungen für den besonderen Frauenarbeitsschutz	43
II. Auswirkungen des Nachtarbeitsverbotes	44
1. Beabsichtigter und tatsächlicher Schutz durch das Nachtarbeitsverbot	44
a) Gesundheitsschutz	44
b) Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit	46
(1) Tatsächliche Belastungen von Frauen durch Haus- und Familienarbeit	47
(2) Stabilisierung der familiären Arbeitsteilung durch einseitigen Frauenarbeitsschutz	48
2. Auswirkungen des Nachtarbeitsverbotes auf die Erwerbsarbeitsmarktlage von Frauen	50
a) Skizze der Benachteiligung von Frauen am Erwerbsarbeitsmarkt	50
b) Ursachen der Benachteiligung der Frauen am Erwerbsarbeitsmarkt	52
(1) Humankapital- und Suchtheorie	52
(2) Theorie des segmentierten Arbeitsmarktes	54
(3) Sozio-ökonomische Erklärung der Arbeitsmarktsegmentation - Vermachtung von Arbeitsmärkten als Strategie	55

(4) Geschlechtsspezifische Arbeitsteilung als Erklärung des weiblichen Arbeitsmarktsegments	56
(a) Gegenwelt durch nicht marktorientierte Arbeit	56
(b) ökonomische Bedeutung unbezahlter Arbeit	57
(5) Diskriminierungspräferenzen	57
(6) Auswirkungen der Benachteiligungen auf das Erwerbseinkommen von Frauen	58
(7) Würdigung	59
c) Einfluß des Nachtarbeitsverbots für Arbeiterinnen	61
(1) Zugang zur Erwerbsarbeit	61
(2) Arbeitsbedingungen	63
(a) Gesundheitsgefährdung bei der Arbeit	63
(b) Lohndiskriminierung	64
(3) Mutterschutzrechtliches Nachtarbeitsverbot und Situation von Eltern	68
d) Zusammenfassende Bewertung	71
III. Anforderungen an eine gleichstellungsfördernde Ausgestaltung des Rechts der Nachtarbeit	72
1. Erwerbsarbeitszeit als Determinante für die Umverteilung von unbezahlter Arbeit zwischen den Geschlechtern	72
2. Unsoziale Erwerbsarbeitszeiten und Gleichberechtigung	73
3. Mutterschutzrechtliches Nachtarbeitsverbot und Situation von Eltern	74
4. Weitere Maßnahmen	75
C. Tatsächliche Rahmenbedingungen einer Reform des Nachtarbeitsverbotes	76
I. Gesundheitliche Folgen von Nachtarbeit	76
1. Allgemeine gesundheitliche Probleme	76
2. Besondere Auswirkungen auf Frauen	79
a) biologisch bedingt	79
b) sozial bedingt	81
3. Vorschläge der Arbeitsmedizin zur Gestaltung der Nachtarbeit	82
II. Soziale Folgen von Nachtarbeit	83
1. Auswirkungen auf das Familienleben	83
2. Auswirkungen auf andere soziale Aktivitäten	84

(3) Einheitliches Verbot der unmittelbaren Diskriminierung wegen des Geschlechts aus Art. 3 Abs. 2 und 3 GG	144
b) Ausnahmen vom Diskriminierungsverbot	145
(1) Qualifiziertes Willkürverbot - Verhältnis des Verbotes der Diskriminierung wegen des Geschlechts zu Art. 3 Abs. 1 GG	145
(a) Inhalt des allgemeinen Gleichheitssatzes	145
(b) Verhältnis zum Verbot der Diskriminierung zwischen Männern und Frauen	147
(2) Vergleichbarkeit der Lebensumstände	148
(3) Würdigung	149
(4) Alternative: Ausnahmen um des programmatischen Gehalts willen	151
(a) Bestimmung des programmatischen Gehalts des Art. 3 Abs. 2 GG	152
(i) Grammatikalische Auslegung	154
(ii) Systematische Auslegung	154
(iii) Entstehungsgeschichte und Zweck der Norm	154
(iv) Internationales Recht	156
(v) Ergebnis der Auslegung	158
(b) Begründung der Durchbrechungen des Diskriminierungsverbotes unter Beachtung des programmatischen Gehalts von Art. 3 Abs. 2 GG	158
c) Zulässigkeit der Differenzierung zwischen Männern und Frauen durch das Nachtarbeitsverbot	161
(1) Biologische Unterschiede	161
(2) Funktionale Unterschiede	165
(3) Kompensatorisches Recht	166
(a) Ansätze einer Rechtfertigung des Nachtarbeitsverbotes als kompensatorisches Recht	166
(b) Legitimation kompensatorischen Rechts - die Rentenalterentscheidung des Bundesverfassungsgerichts	168
(c) Kritik der Rentenalterentscheidung	169
(d) Rechtfertigungsmöglichkeiten des Nachtarbeitsverbotes als kompensatorisches Recht	171

(i)	Ausgleich der durch die »Doppelbelastung« verursachten Gefährdung	171
(ii)	Ausgleich für schlechtere Arbeitsbedingungen	171
(e)	Ergebnis zur Rechtfertigung des Nachtarbeitsverbotes als kompensatorisches Recht	172
2.	Differenzierung zwischen Arbeiterinnen und Angestellten - Art. 3 Abs. 1 GG	172
a)	Inhalt des Gleichheitssatzes	172
b)	Differenzierungskriterium	173
c)	Differenzierungsziel	175
d)	Verhältnis von Differenzierungskriterium und Differenzierungsziel	177
(1)	Geringere Betroffenheit der Angestellten	177
(2)	Stärkere gesundheitliche Gefährdung der Arbeiter/innen	178
3.	Grundrechte aus Art. 12 Abs. 1 GG	180
a)	Inhalt der Grundrechte aus Art. 12 Abs. 1 GG	180
b)	Grundrechte der Arbeitnehmerinnen	182
(1)	Berufswahl oder Berufsausübung?	182
(2)	Nachtarbeitsverbot als unverhältnismäßige Einschränkung der Berufsausübungsfreiheit der Arbeitnehmerinnen?	184
(a)	Diskriminierendes Nachtarbeitsverbot	184
(b)	Allgemeines Nachtarbeitsverbot	184
c)	Grundrechte der Arbeitgeber aus Art. 12 Abs. 1 GG	186
(1)	Geltung des Grundrechts für juristische Personen	186
(2)	Nachtarbeitsverbot als unverhältnismäßige Einschränkung der Berufsausübungsfreiheit der Arbeitgeber/innen?	187
(a)	Diskriminierendes Nachtarbeitsverbot	187
(b)	Allgemeines Nachtarbeitsverbot	188
4.	Ergebnis zu D I	190
II.	Positive grundgesetzliche Pflichten des Gesetzgebers bei der Neugestaltung des Rechts der Nachtarbeit	191
1.	Anknüpfungspunkte für Bestandsschutz arbeitnehmer/innenschützender Normen im Grundgesetz	192
2.	Begründung positiver Handlungspflichten aus den Grundrechten	194

3. Vorschläge zur Gestaltung der Nachtarbeit aus sozialer Sicht	85
III. Entwicklung der Nachtarbeit in der Bundesrepublik und der EG	85
1. Bestand und Entwicklung der Nachtarbeit in der Bundesrepublik	86
2. Bestand und Entwicklung der Nachtarbeit in der EG	90
IV. Bedarf an Nachtarbeit	92
1. Technologische Gründe	92
2. Wirtschaftliche Nachfrage	93
a) Betriebswirtschaftliche Vorteile von Nacht- und Schichtarbeit	93
b) Betriebswirtschaftlich interessante Arbeitszeitgestaltungen	95
c) Erforderliche Änderungen des Arbeitszeitrechts	96
d) Wirtschaftliche Nachteile von Nacht- und Schichtarbeit	98
3. Gesellschaftliche Interessen	99
a) Sozial notwendige und kulturell erwünschte Nachtarbeit	99
b) Beschäftigungseffekte der Nachtarbeit	100
V. Politische Rahmenbedingungen: Deregulierung als Beschäftigungspolitik	102
1. Grundannahmen des Deregulierungskonzepts: neoklassische Theorie des Arbeitsmarktes	103
2. Kritik an den Grundannahmen	107
a) Keynesianische Kritik: Dominanz der Nachfrage vor dem Angebot	108
b) Besonderheiten des Arbeitsmarktes gegenüber anderen Märkten	109
(1) Das Arbeitgebermonopson	109
(2) Tendenz des Arbeitsmarktes zur Vermachtung	110
(3) Regulierung als Voraussetzung für Innovationen und Produktivität des Faktors Arbeit	112
3. Bedeutung der Arbeitsrechtsderegulierung für die Beschäftigung	113
a) Verbesserung der Angebotsbedingungen	113
b) Bisherige Deregulierungsversuche des Arbeitsrechts	115
c) Nachtarbeitsverbot und Deregulierung	118
4. Der Binnenmarkteffekt	119
a) Deregulierungsdruck des Binnenmarktes	120

b) Soziale Korrekturen von der Ebene der Gemeinschaft	122
(1) Soziale Dimension des Binnenmarktes	122
(2) Chancen der sozialen Regulierung des Binnenmarktes durch die Organe der Europäischen Gemeinschaft	124
c) Bewertung des Standorts Bundesrepublik	125
(1) Standortvorteile der Bundesrepublik	125
(2) Vergleich der Betriebsnutzungszeiten und anderer Faktoren der Produktivität	126
(3) Ergebnis	128
VI. Zusammenfassung: Regelungsziele bei der Reform des Nachtarbeitsverbotes	129

## 2. Abschnitt: Rechtliche Determinanten einer Neuregelung 133

### D. Rechtliche Grenzen einer Neuregelung aus dem Grundgesetz 133

I. Diskriminierungsverbote und Freiheitsrechte	134
1. Verbot der Diskriminierung zwischen Frauen und Männern (Art. 3 Abs. 2 und Abs. 3 GG)	134
a) Lokalisierung des Diskriminierungsverbotes - Verhältnis von Art. 3 Abs. 2 und Art. 3 Abs. 3 GG	137
(1) Art. 3 Abs. 3 GG	137
(a) Bevorzugen und Benachteiligen	138
(b) Verknüpfung von Differenzierung und Geschlecht	139
(i) Kausalität	139
(ii) Finalität	140
(iii) Begründungsverbot	141
(iv) Anknüpfungsverbot	141
(v) Würdigung	141
(2) Art. 3 Abs. 2 GG	142
(a) Artikel 3 Abs. GG 2 als Sollenssatz	142
(b) Gebot der Rechtsgleichheit	142
(c) Kollektive Dimension	143
(d) Art. 3 Abs. 2 als Frauengrundrecht ?	144

a) Entwicklung »neuer« Grundrechtsgehalte durch Ergänzung des bürgerlich-liberalen Grundrechtsverständnisses	195
(1) Skizze des bürgerlich-liberalen Grundrechtsverständnisses	195
(2) Kritik des bürgerlich-liberalen Grundrechtsverständnisses	196
(3) Folgerungen: Erweiterung der Grundrechtsfunktionen	197
b) Erweiterung der Grundrechtsfunktionen und Theorie der Grundrechte	199
(1) Institutionelle Ansätze	199
(2) Grundrecht als Elemente einer Wertordnung und objektive Prinzipien - Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes	201
(a) Relevanz der Bezugnahme auf Werte	201
(b) Der Begriff »objektiv-rechtlich«	202
(c) Funktion der »objektiv-rechtlichen Dimension der Grundrechte« in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	203
(3) Rationalisierung der Werttheorie und der institutionellen Ansätze - Grundrechte als Prinzipien	204
c) Grundrechte als materiale Prinzipien bilden die Grundlage für »neue« Grundrechtsfunktionen	206
3. Probleme der Begrenzung der gesetzgeberischen Gestaltungsfreiheit durch grundrechtliche Handlungspflichten	206
a) Bedenken gegen grundrechtliche Handlungspflichten des Gesetzgebers	206
(1) Neoliberale Bedenken gegen den Doppelcharakter der Grundrechte	206
(2) Bedenken aus dem Demokratieprinzip: Kompetenzverschiebung zwischen Gesetzgeber und Verfassungsgericht	208
b) Lösungen für die demokratietheoretischen Konflikte im Zusammenhang mit grundrechtlichen Handlungspflichten	210
(1) Geringe Justitiabilisierung bei erstmaliger Ausfüllung von Handlungspflichten	210
(2) Relativ dichtere Kontrolle bei der Rücknahme grundrechtsausgestaltenden einfachen Rechts	212

(a)	Relativer Bestandsschutz für einfachgesetzliche Grundrechtsverwirklichung	212
(b)	Verhältnismäßigkeit	215
(c)	Prognoserationalität	216
4.	Grundrechtliche Pflichten des Gesetzgebers zum Schutz vor Grundrechtsbeeinträchtigungen durch Dritte – grundrechtliche Schutzpflichten	219
a)	Staatliche Pflicht zum Schutz vor Dritten in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	220
(1)	Darstellung der wichtigsten Leitentscheidungen zur Schutzpflicht	220
(2)	Entscheidungen zu staatlichen Pflichten zur grundrechtsschützenden Ausgestaltung vertraglich begründeter Beziehungen	222
(3)	Zusammenfassung: Begründung, Voraussetzungen und Inhalt der Schutzpflicht nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	224
b)	Schutzpflichten in der Literatur	226
(1)	Begründung von grundrechtlichen Schutzpflichten	226
(a)	Staatliche Friedenspflicht	226
(b)	Eigenständige Begründung einer grundrechtlichen Schutzpflicht	227
(2)	Inhalt und Grenzen einer Schutzpflicht	228
(3)	Voraussetzungen des Eingreifens einer Schutzpflicht	228
c)	Stellungnahme zur Schutzpflichttheorie	230
(1)	Herleitung und Begründung der Schutzpflicht	230
(a)	Schutzpflichten und Rechtsstaatsprinzip – Bedeutung der historischen Argumentation	230
(b)	Schutzpflichten als gegenüber Förderpflichten besondere Grundrechtsfunktion	231
(c)	Begründung der Schutzpflicht aus der Verfassung	232
(2)	Inhalt und Grenzen der Schutzpflicht	233
(a)	Kein Primat der Verhinderung vor der Linderung der Beeinträchtigung grundrechtlich geschützter Positionen	234
(b)	Grundrechte anderer als Grenzen der Schutzpflicht	234

(c)	Öffentliche Interessen als Grenzen der Schutzpflicht	234
(d)	Verhältnismäßigkeit	236
(3)	Voraussetzungen des Eingreifens	236
d)	Weiterentwicklung der Schutzpflichttheorie für den Grundrechtsschutz durch Einschränkung der Privatautonomie im arbeitsrechtlichen Dauerschuldverhältnis	237
(1)	Begründung einer Pflicht zur Einschränkung der Privatautonomie	238
(a)	Sozialstaatliche Grundrechtsauslegung	238
(b)	Schutz vor sozialer Macht als Einschränkung der Privatautonomie	239
(c)	Grundrechtliche Begründung	241
(2)	Inhalt und Grenzen der Pflicht zur Einschränkung der Privatautonomie	243
(3)	Voraussetzungen des Eingreifens der Pflicht zur Einschränkung der Privatautonomie	245
(4)	Vorliegen der Voraussetzungen der Pflicht zur Einschränkung der Privatautonomie im Arbeitsrechtsverhältnis in bezug auf Schutz vor Nachtarbeit	245
(a)	Generell	245
(b)	In bezug auf Nachtarbeit von Arbeiterinnen	246
e)	Zusammenfassung: Anforderungen an die Rücknahme einfachen grundrechtsschützenden Rechts, das die Privatautonomie in sozial disparitären Vertragsverhältnissen einschränkt	247
5.	Positive Handlungspflichten des Gesetzgebers aus Art. 3 Abs. 2 GG als Determinanten einer Neugestaltung des Nachtarbeitsverbots	248
a)	Staatliche Schutz- und Förderpflichten aus dem prinzipiellen Gehalt von Art. 3 Abs. 2 GG	249
(1)	Das Sozialstaatsprinzip als Basis staatlicher Pflicht zur Herstellung der faktischen Gleichheit	249
(2)	Übertragung der Kategorien Schutzpflicht und Förderpflicht auf den Gleichheitssatz	251
b)	Schutzpflichten aus Art. 3 Abs. 2 GG in bezug auf Berufswahl oder -betätigung (Art. 12 Abs. 1 GG)	253
(1)	Prinzipieller Gehalt von Art. 12 Abs. 1 GG	254

(2) Soziale Chancengleichheit in bezug auf Zugang zu und Entfaltungschancen in abhängiger Beschäftigung	254
(3) Gestaltungsauftrag für das Arbeitszeitschutzrecht	255
c) Bindung an das Ziel sozialer Gleichstellung bei der Umgestaltung des Nachtarbeitsverbotes	257
6. Schutzpflicht aus Art. 2 Abs. 2 GG	258
a) Schutzpflicht zugunsten von Leben und Gesundheit aus Art. 2 Abs. 2 GG	258
(1) Gesundheitsschutz im Rahmen von Art. 2 Abs. 2 GG	260
(2) Gesundheitsgefährdungen als Auslöser grundrechtlicher Schutzpflichten aus Art. 2 Abs. 2 GG	263
(3) Gefährdungsschwelle für Eingreifen der Schutzpflicht aus Art. 2 Abs. 2 GG	265
(a) Sozialadäquate Gesundheitsrisiken	265
(b) Berücksichtigung der dem Gesundheitsschutz entgegenstehenden Positionen und Interessen	266
b) Das Nachtarbeitsverbot als Konkretisierung der grundrechtlichen Schutzpflicht aus Art. 2 Abs. 2 GG	267
(1) Nachtarbeit als verfassungsrechtlich relevante Gesundheitsgefährdung	267
(2) Öffentliche und private Positionen, die die Gesundheitsgefährdung rechtfertigen könnten	268
(a) Sozial notwendige Nachtarbeit	269
(b) Kulturell erwünschte Nachtarbeit	270
(c) Wirtschaftlich motivierte Nachtarbeit	271
7. Grenzen der Neugestaltung aus dem Sozialstaatsprinzip	274
a) Inhalt des Sozialstaatsprinzips	274
b) Arbeitszeitschutz als Konkretisierung des Sozialstaatsprinzips	275
c) Grenzen der Rücknahme sozialstaatlicher Gesetze	276
(1) Rechtliche Wirkung des Sozialstaatsprinzips	276
(2) Grenzen des Rückzugs des Sozialstaats	276
(a) Soziales Rückschrittsverbot als Institutsgarantie	277
(b) Soziales Rückschrittsverbot als Garantie eines Kernbereichs des Sozialstaats	278

8. Rückschrittsverbot beim mutterschutzrechtlichen Nachtarbeitsverbot	281
9. Ergebnis zu D II	282
<b>E. Rechtliche Grenzen einer Neuregelung aus dem Recht der Europäischen Gemeinschaften</b>	<b>284</b>
<b>I. Einschränkung des Gestaltungsspielraums der Mitgliedsstaaten</b>	<b>285</b>
1. Bindung der Mitgliedsstaaten an das Recht der Europäischen Gemeinschaften	285
a) Geltung des Rechts der Europäischen Gemeinschaften	285
(1) Völkerrechtliche Grundlagen	285
(2) Anhaltspunkte für einen Geltungsvorrang des Gemeinschaftsrechtes im EWG-Vertrag	286
(3) Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes	287
(4) Rezeption der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes in der Bundesrepublik	288
(a) Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	288
(b) Rezeption in der Literatur	290
(5) Würdigung	291
b) Wirkung von Richtlinien - Verhältnis zum innerstaatlichen Recht.	292
c) Bindung der Mitgliedsstaaten an die Rechtsgrundsätze der Europäischen Gemeinschaften	294
(1) Entwicklung eines gemeinschaftsrechtlichen Grundrechtskatalogs durch die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes	294
(a) Anknüpfungspunkte für die Geltung gemeinschaftsrechtlicher Grundrechte im geschriebenen Gemeinschaftsrecht	294
(b) Ungeschriebene Grundrechte im EG-Recht	295
(2) Bindung der Mitgliedsstaaten an gemeinschaftsrechtliche Grundrechte	296
2. Diskriminierungsverbote und Freiheitsrechte	298
a) Gleichbehandlungsrichtlinie - RL 76/207/EWG	298
(1) Inhalt der Richtlinie	298
(2) Ausnahmen für Schutzgesetze - Art. 2 Abs. 3 RL 76/207/EWG	300

(3) Ausnahmen zur Förderung der Gleichstellung - Art. 2 Abs. 4 RL 76/207/EWG	302
b) Differenzierung zwischen Arbeiter/inne/n und Ange- stellten	303
(1) Allgemeiner Gleichbehandlungsgrundsatz	303
(2) Mittelbare Diskriminierung	304
c) Grundrecht der Berufsfreiheit	305
3. Positive Handlungspflichten aus dem Recht der Europäi- schen Gemeinschaft	306
a) Europäisches Sozialprinzip aus Art. 2, 117 EWG-Ver- trag	306
b) Verpflichtungen der Mitgliedstaaten aus dem Europäi- schen Sozialprinzip bei der Durchführung der Richtlin- ie 76/207/EWG	311
c) Positive Verpflichtungen der Mitgliedsstaaten durch ungeschriebene Grundrechte im Gemeinschaftsrecht	315
(1) Inhalt gemeinschaftsrechtlicher Grundrechte	316
(2) Folgerungen für positive Bindungen der Mit- gliedsstaaten aus gemeinschaftsrechtlichen Grundrechten bei der Umsetzung der Richtlinie 76/207/EWG	318
(a) Schutz der Gesundheit der Arbeiternehme- rinnen und Arbeitnehmer	318
(b) Positive Verpflichtungen aus dem Gebot der Gleichbehandlung der Geschlechter	319
(c) Internationale Verträge	320
i) Allgemeine Erklärung der Menschen- rechte	320
ii) Europäische Sozialcharta	321
iii) Abkommen der ILO	322
II. Pflichten der Gemeinschaftsorgane	323
1. Respektierung der eigenständigen Sozialpolitik der Mit- gliedsstaaten	323
2. Bindung an die Ziele der Gemeinschaft und die unge- schriebenen Rechtsgrundsätze des Gemeinschaftsrechts einschließlich der Grundrechte	324
3. Pflicht zur Beachtung verfassungsrechtlicher Pflichten der Mitgliedsstaaten	324
III. Zusammenfassung der EG-rechtlichen Determinanten einer Neugestaltung des Nachtarbeitsverbotes	325

3. Abschnitt: Entwicklung eines Regelungsvorschlags auf der Basis eines EG-weiten Rechtsvergleichs	327
F. Gegenwärtige Regelung des Problemfeldes in den anderen Mitgliedstaaten der EG und Reformüberlegungen	327
I. Einschränkung der Nachtarbeit für Frauen	327
1. Mitgliedsstaaten, in denen das Nachtarbeitsverbot unverändert fortbesteht	328
a) Griechenland	328
b) Portugal	329
2. Mitgliedsstaaten, in denen kein Nachtarbeitsverbot (mehr) besteht	329
a) Dänemark	329
b) Irland	330
c) Luxemburg	330
d) Spanien	330
e) Großbritannien	330
3. Mitgliedsstaaten, in denen bei bestehendem Verbot erweiterte Ausnahmen möglich sind	330
a) Italien	331
b) Belgien	331
c) Frankreich	333
d) Einschätzung des französischen, belgischen und italienischen Modells - Unterschiede zur Bundesrepublik	334
e) Niederlande	336
II. Einschränkung der Nachtarbeit von Schwangeren	338
III. Allgemeine Vorschriften zur Verminderung der Nachteile von Nachtarbeit unter Einschluß tariflicher Regelungen	340
1. Finanzielle Entschädigung	340
2. Freizeitausgleich und Arbeitszeitverkürzung	342
3. Weitere Maßnahmen zur besseren gesundheitlichen und sozialen Verträglichkeit von Nachtarbeit	343
V. Reformvorschläge	343
1. Politik der Europäischen Gemeinschaft: Vorsichtige Deregulierung	343
a) Frauenpolitische Äußerungen	343

b) Entwurf einer Richtlinie über die Arbeitszeit	344
(1) Inhalt der geplanten Richtlinie	344
(2) Vergleich mit dem bundesdeutschen Recht	345
2. 77. Weltarbeitskonferenz	347
3. Reformvorschläge in der Bundesrepublik	349
a) Bundesregierung	349
b) SPD-Bundestagsfraktion	349
c) DIE GRÜNEN	349
G. Einschätzung der voraussichtlichen Folgen und rechtlichen Zulässigkeit zweier extremer Reformvorschläge	351
I. Gleichstellung durch Deregulierung - ersatzlose Aufhebung des Verbotes	351
1. Voraussichtliche Auswirkungen	351
a) Zunahme von Nacht- und Schichtarbeit	351
b) Gefährdung der Gesundheit und Beeinträchtigung des Familienlebens	352
c) Auswirkungen auf die Erwerbsarbeitsmarktposition von Frauen	352
(1) Erwartungen für die Auswirkung der Deregulierung auf die Beschäftigung	353
(2) Zu erwartende Auswirkungen einer ersatzlosen Aufhebung des Nachtarbeitsverbotes	353
(3) Ergebnis	354
d) Auswirkungen auf die Lohngestaltung	355
e) Antidiskriminierende Wirkung	356
f) Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft	357
g) Zusammenfassung der Vor- und Nachteile	357
2. Vereinbarkeit der Lösung mit verfassungs- und EG-rechtlichen Bindungen	357
a) Verfassungsrechtliche Anforderungen	357
(1) Verminderung des Grundrechtsschutzes	357
(2) Ziele der Aufhebung des Schutzrechtes	358
(3) Rechtfertigung der Aufhebung des Schutzrechtes durch diese Ziele	359
(a) Verfassungsrechtliches Gebot der Rechtsgleichheit von Männern und Frauen	359

(b)	Verbesserung der Chancengleichheit von Männern und Frauen am Erwerbsarbeitsmarkt	359
(i)	Eignung	359
(ii)	Erforderlichkeit	360
(c)	Verbesserung des Beschäftigungsniveaus	361
(i)	Eignung	361
(ii)	Erforderlichkeit	361
(iii)	Angemessenheit	361
(d)	Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit	363
i)	Eignung	363
ii)	Erforderlichkeit	363
iii)	Angemessenheit	363
b)	EG-rechtliche Bindungen	364
II.	Ausweitung des Verbots auf alle Beschäftigten	365
1.	Voraussichtliche Auswirkungen	365
a)	Zunahme von Nachtarbeit	365
b)	Verminderung des Gesundheitsschutzes	365
c)	Auswirkungen auf die Erwerbsarbeitsmarktposition von Frauen	366
d)	Auswirkungen auf die Entlohnung von Frauen	366
e)	Antidiskriminierende Wirkung	367
f)	Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft	367
2.	Vereinbarkeit mit den verfassungsrechtlichen und EG-rechtlichen Bindungen	368
a)	Verfassungsrechtliche Anforderungen	368
(1)	Verminderung des Grundrechtsschutzes der Beschäftigten	368
(2)	Freiheitsrechte der Unternehmer/innen	368
b)	EG-rechtliche Bindungen	369
H.	Entwicklung eines Regelungsvorschlages	370
I.	Sozialpolitische Zielsetzungen	370
II.	Einpassung in das System des Arbeitsschutzes	371
III.	Regelungsebene: gesetzliche oder tarifautonome Regelung	372
1.	Kompetenzen zur Setzung von Arbeitsschutznormen	372
a)	Kompetenzkonkurrenz zwischen Bundesgesetzgeber und Koalitionen	372

b)	Gestaltungsmöglichkeiten für die Koalitionen im Rahmen des gesetzlichen Arbeitsschutzrechts	374
2.	Rechtspolitische Überlegungen zur Tarifdispositivität des Nachtarbeitsverbots	375
a)	Argumente für die Disposition der Koalitionen über Arbeitsschutznormen	376
b)	Argumente gegen die Disposition der Tarifparteien über Arbeitsschutznormen	377
c)	Rechtliche Zulässigkeit einer unbeschränkten Dispositivität	380
(1)	Meinungen aus der Literatur	380
(2)	Würdigung	381
(3)	Grenzen der tariflichen Dispositivität des Schutzes vor den mit Nachtarbeit verbundenen Gefahren	382
d)	Probleme der Rechtsgestaltung	383
(1)	Probleme bei der Auslegung des § 7 AZO	383
(a)	Rechtsqualität tariflicher Zulassungsnormen	383
(b)	Bindung der Außenseiter/innen	384
(c)	Nachwirkung	385
(d)	Kontrolle der tariflichen Arbeitszeitregelungen durch die Gewerbeaufsicht	386
(2)	Schlußfolgerungen für eine Neuregelung	386
e)	Ergebnis der rechtspolitischen Überlegungen zur Dispositivität des Nachtarbeitsverbotes	387
3.	Rechtspolitische Überlegungen zu einer Gestaltungsermächtigung für die Koalitionen vorbehaltlich staatlicher Genehmigung	388
a)	Gewinn an Flexibilität, Sachnähe und autonomer Sozialgestaltung	388
b)	Verbesserte Richtigkeitsgewähr durch behördliche Kontrolle	388
c)	Vereinbarkeit mit dem Grundsatz der Tarifautonomie	389
4.	Ergebnis zur Regelungsebene	391
IV.	Regelungsvorschlag	391
	<b>GESETZ ZUM SCHUTZ VOR BESONDEREN BELASTUNGEN DURCH NACHT- UND SCHICHTARBEIT (NACHTARBEITSGESETZ)</b>	391
1.	Abschnitt: Allgemeine Vorschriften	391

2. Abschnitt: Einschränkung der Nachtarbeit	393
3. Abschnitt: Erhöhter Arbeitsschutz bei Nachtarbeit	395
4. Abschnitt: Besondere Schutzrechte	398
5. Abschnitt: Durchführung der Vorschriften und Überwachung	400
6. Abschnitt: Übergangsvorschriften	402
Erläuterungen zum Regelungsvorschlag	407
Vorbemerkung	407
Einzelbegründung	407
Zu § 2	407
Zum Zweiten Abschnitt	407
Zu § 4	407
Zu § 5	408
Zum Dritten Abschnitt	409
Zu § 6	409
Zu § 7	410
Zu § 8	411
Zu §§ 9 und 10	412
Zum Vierten Abschnitt	412
Zu § 11	412
Zu § 12	412
Zum Fünften Abschnitt	414
Zu § 13	415
Zu § 14	415
Zu § 15	416
Zum Sechsten Abschnitt	416
Zu § 18	416
Zu § 20	416
Zu Absatz 1: Änderungen der Arbeitszeitordnung	416
Zu Absatz 2: Änderung des Mutterschutzgesetzes	416
Zu Absatz 3: Änderung der Reichsversicherungsordnung	417
Zusammenfassung der Arbeit	419
Literaturverzeichnis	431